



Adivasi-Rundbrief EXTRA

- Solidarität mit Indiens Ureinwohnern -
Hg.: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V.
Jugendheimstr.10, 34132 Kassel
März 2003

Überlebenskampf oder Entwicklung? Adivasi und der Narmada-Staudamm-Komplex

Eine aktueller Zwischenbericht

„Wenn sie schon so auf Entwicklung der Adivasi aus sind, was ist denn in den letzten 50 Jahren passiert? Wieso gibt es dort keine Schulen, keine Krankenhäuser, keine Straßen, keine Brunnen? Warum hängt Entwicklung von dem Glauben ab, es seien die Adivasi, die alles aufgeben müssten? Man kann nicht sagen, dass Staudammprojekte nicht auch Resultate erbrächten. Ich sage allerdings, dass sie die Ressourcen des Landes für die Städte ausbeuten, damit sie dort einer großstädtischen Elite dienen. Das muss gestoppt werden.“

Arundhati Roy, 1999

Entwicklungspolitik und das Narmada-Tal

Der Widerstand der Menschen im Tal der Narmada hat die Debatte nicht nur über den Mega-Damm Sardar Sarovar oder große versus kleine Staudämme angestoßen. Die Debatte schließt vielmehr Planungen, Konzepte und Paradigmen zu Entwicklung und Leben mit ein. Ebenso damit verbunden sind die Diskussionen über Wassermanagement, Besitz- und Nutzungsrechte sowie die gerechte Verteilung der Ressourcen wie etwa Wasser, Land oder Wald. Gleichfalls mit einbezogen sind Kosten-Nutzen-Relationen, unsere Art der Produktion und des Konsums sowie unser Lebensstil. All diese Themen werden nun in einer offenen, demokratischen und informativen Weise diskutiert und sind Teil dieses Widerstandes sowie der darauf bezogenen Untersuchungen. Der Kampf um die Narmada geht uns alle an. Er hinterfragt unseren lange gehegten Irrglauben über Moderne und Entwicklung, über unseren Lebensstil und unsere Wirklichkeit.

Der Mega-Staudamm hat lange Zeit als

Symbol für die Moderne, für Wissenschaft und Entwicklung gegolten - um so mehr, als er in einem Land der sogenannten Dritten Welt steht, d.h. in Indien. Das Höher-Weiter-Schneller sowie die zentrale Steuerung der Entwicklung wurden per se mit dem ‚Guten‘ gleich gesetzt. Das unmittelbar nach der Unabhängigkeit Indiens übernommene Entwicklungsmodell bestärkte dieses Konzept, und derartige Projekte wurden ohne jegliches kritisches Nachdenken in die Welt gesetzt. Kommt hinzu, dass ein gewisser Irrglaube über Entwicklung dazu diente, versteckte Interessen der Politik, der Verwaltung und der Investoren zu verschleiern. Seit den 1980er Jahren jedoch haben Widerstandsbewegungen und Experten verschiedene Aspekte in Frage gestellt, die das Geschäft mit großen Staudämmen weltweit – und so auch in Indien – betreffen. Diese Bewegungen haben viele wichtige Bereiche des Staudammbaus angesprochen: Vertreibung, öffentliches Interesse, Kosten-Nutzen-Relationen, Umwelt,

Ressourcennutzungsrechte sowie soziale und politische Rechte. Der Kampf um die Narmada hat die Diskussion um diese Themen konsequent und nachdrücklich voran gebracht.

Große Staudämme in Indien: Schein und Wirklichkeit

Der im November 2000 veröffentlichte Indien-Berichtsteil der World Commission on Dams (unabhängige Expertenkommission zur Beurteilung von Staudämmen) sowie andere Untersuchungsberichte stellen fest:

- In Indien wurden insgesamt 4.500 große Staudämme errichtet oder befinden sich im Bau.
- Alle großen Staudämme tragen lediglich zu 10 Prozent zur Getreideproduktion für die Nahrungsmittelherstellung in Indien bei. Demgegenüber haben die kleinen Bewässerungssysteme – Brunnen und Grundwasser – den größten Anteil an der Getreideerzeugung.
- Fast alle großen Staudämme weisen eine negative Kosten-Nutzen-Bilanz auf. Oft werden nicht einmal die Betriebskosten ausgeglichen. Acht von zehn Staudammprojekten schreiben rote Zahlen. Die von den großen Staudämmen gespeisten Bewässerungsanlagen haben enorm hohe Kosten von 100.000 Rupies (ca. 2.000 €) pro Hektar.
- Im Jahr 2000 befanden sich 119 große Staudämme im Bau, obwohl viele von ihnen noch auf den 5. Fünf-Jahres-Plan, d.h. auf die 1970er Jahre, zurückgehen.
- Die Mehrkosten für die 119 Staudämme beliefen sich im Jahr 2000 auf knapp 15 Milliarden Euro (750 Mrd. Rupies); inzwischen sind sie auf gut 25 Mrd. Euro angewachsen.
- Mehr als 1,5 Mio. Hektar Wald werden von den großen Dammprojekten überflutet oder zerstört. Mindestens ebensoviel fruchtbares Land ging verloren, ohne dass dazu genaue Erhebungen existierten. Diese Verluste haben das produktive Potenzial Indiens deutlich verringert.
- Die großen Dammprojekte haben

zwischen 30 und 40 Mio. Menschen vertrieben - Adivasi, Bauern, (Land-) Arbeiter, Frauen, Männer, Kinder und Greise. Weniger als 50 Prozent von ihnen wurden entsprechend den Vorgaben des Gesetzes umgesiedelt. Die Vertriebenen der Staudämme Bhakra, Ukai und Koyna sowie anderer Projekte sind immer noch ohne Land, obwohl mehr als 50 Jahre seit der Fertigstellung vergangen sind.

- 40 Prozent aller Vertriebenen gehören den Adivasi, dem verwundbarsten Teil der Bevölkerung an. Das ist der Fall, obwohl Adivasi nur 7 bis 8 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen.
- Bis zum Jahr 1978 wurden alle Staudammprojekte ohne Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt.
- Die Rate der Verlandung ist bei fast allen Stauseen deutlich höher als angenommen. Zum Teil liegt sie um das 300-fache über der Prognose und verringert entsprechend die Lebenserwartung und Effizienz der Staudammprojekte.
- Bei 17 Staudämmen besteht die reale Gefahr, dass durch das immense Wasserreservoir Erdbeben ausgelöst werden (Reservoir Induced Seismicity; RIS).

Der „Narmada Valley Development Plan“

Der Entwicklungsplan für das Narmada-Tal sieht 30 große, 135 mittlere und 3000 kleinere Staudämme entlang der Narmada und ihrer 41 Nebenflüsse vor. Der Sardar Sarovar Staudamm und das Narmada Sagar Projekt (Indira Sagar) stellen die beiden Mega-Staudamm-Projekte dar. Die Staudämme Tawa, Bargi, Barna, Sukta und Kolar sind bereits fertig gebaut. Der aufgrund der Beteiligung deutscher Unternehmen in der Bundesrepublik bekannte und umstrittene Maheshwar-Staudamm gehört ebenfalls zum Narmada-Entwicklungsplan. Die indische Zentralregierung betreibt mit Nachdruck die Fertigstellung der Staudamm-Projekte Sardar Sarovar, Narmada Sagar, Maheshwar, Man, Jobat, Veda und andere, obwohl den Projekten der Widerstand der lokalen Bevölkerung entgegenschlägt. Alle

Staudämme – mit Ausnahme des Sardar Sarovar Damms – befinden sich auf dem Boden des Bundesstaates Madhya Pradesh (M.P.).

Einige Daten zu den bereits fertiggestellten Dämmen:

Bargi – Dieser befindet sich in der Nähe der Stadt Jabalpur und ist im Zeitraum 1989-90 fertig gestellt worden. Das Projekt überflutete 162 Dörfer anstatt der geschätzten 110, wobei selbst Umsiedlungsgebiete überschwemmt wurden. 114.000 Menschen wurden vertrieben. Landwirtschaftlich reiche und bewaldete Flächen gingen verloren. Bis heute hat es keine angemessene Umsiedlung gegeben, und die Menschen kämpfen seit 1992 um ihre Rechte. Zum ersten Mal in Indien gelang es ihnen, das Alleinrecht auf den Fischfang im Stausee juristisch durchzusetzen. Eine unheilige Allianz aus Korruption und Vetternwirtschaft verhinderte jedoch die Umsetzung.

Nutzen? Von den für Bewässerung veranschlagten 440.000 Hektar sind gerade 8.000 Hektar bewässert. Die Landesregierung von Madhya Pradesh hat zu mehr kein Geld.

Tawa – Dieser liegt in der Nähe von Hoshangabad und wurde 1973 fertig gebaut. Über 25.000 Menschen wurden vertrieben. Auch 30 Jahre danach gibt es keine Umsiedlung. Einige der Vertriebenen erlitten dieses Schicksal gleich ein zweites Mal im Zuge der Einrichtung eines Truppenübungsplatzes. Die um ihre Rechte kämpfenden Menschen konnten sich ebenfalls das Fischfangrecht erstreiten. Der Fischfang entwickelte sich zu einem Modell für die Befähigung der dortigen Bevölkerung, ihre Ressourcen selbst zu verwalten – mit einem Maximum an Fangergebnissen, Nachhaltigkeit, Einkommen und Überschüssen für die lokale Bevölkerung sowie Millionen Rupies an Abgaben für die Landesregierung.

Nutzen? Wie vorhersehbar, setzen Staudamm und Bewässerungskanäle über 30 Dörfer in der Projektzone unter Wasser. Die

Getreideerzeugung ging zurück.

Narmada Sagar – Dieser repräsentiert einen der Mega-Staudämme im Narmada-Entwicklungsplan, in der Nähe von Khandwa gelegen. Technisch und wirtschaftlich ist das Projekt kompletter Irrsinn. Es sollen 91.000 Hektar überschwemmt werden – davon 40.000 Hektar Primärwald –, um 125.000 Hektar bewässern zu können. Davon laufen 40 Prozent Gefahr, durch die Bewässerungskanäle überschwemmt zu werden. Über 200.000 Menschen müssten ihre Heimat verlassen. Die Möglichkeiten der verträglichen Umsiedlung sind gleich Null, und trotzdem begann die Flutung des Stausees bereits 1999.

Maheshwar Projekt – Die Baumaßnahmen sind zur Zeit unterbrochen. Es handelt sich um das erste größere Wasserkraft-Projekt, das mit privater Finanzierung durchgeführt werden soll. Die Landesregierung von Madhya Pradesh übergab das Projekt dem Unternehmen S. Kumar. Der Maheshwar-Stausee wird 61 Dörfer in der fruchtbaren Nimad-Ebene überschwemmen und über 25.000 Bauern, Fischer und andere Angehörige der armen Schichten vertreiben. Die elektrische Leistung ist auf 400 Megawatt (MW) ausgelegt, wobei allenfalls mit 103 MW zu rechnen ist. Seit 1998 wehren sich die Betroffenen gegen das Projekt.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland protestierten Nichtregierungsorganisationen wie „urgewald“ und WEED gegen den Maheshwar-Staudamm sowie gegen die Beteiligung deutscher Unternehmen; dem Energieversorger Bayernwerk, VEW, Siemens und der HypoVereinsbank. Im Jahr 1999 erklärten Bayernwerk und VEW ihren Rückzug aus dem Projekt. Siemens und HypoVereinsbank folgten ein Jahr später. Ein Gutachten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hatte das völlige Versagen der Umsiedlungsmaßnahmen bestätigt. Siemens und HypoVereinsbank räumten daher ihrem Antrag auf eine Hermes-Bürgschaft wenig Chancen ein und zogen sich zurück.

Man-Staudamm – Dieser würde 865 Hektar und 17 Dörfer überschwemmen sowie mehr als 5.000 Adivasi vertreiben. Die für die Bewässerung ausgewiesene Projektzone wird bereits jetzt zu 70 Prozent mit lokalen und dezentralisierten Systemen bewässert. Die Landesregierung von Madhya Pradesh zwingt die Menschen ohne jeglichen Ausgleich zum Verlassen von Grund und Boden. Diese leisten wiederum heftigen Widerstand. Im oberen Bereich der Narmada, in den Projektgebieten der Staudämme Raghopur, Basania oder Halon organisieren sich die Betroffenen ebenfalls.

Das Narmada-Entwicklungsprojekt auf einen Blick

- 30 große, 135 mittlere und 3000 kleinere Staudämme
- zwei Mega-Staudämme, Sardar Sarovar und Narmada Sagar (Indira Sagar)
- alle Staudämme, mit Ausnahme von Sardar Sarovar, liegen auf dem Gebiet des Bundesstaates Madhya Pradesh
- die Staumauer zum Sardar Sarovar Projekt befindet sich auf dem Gebiet des Bundesstaates Gujarat. Das Projekt wirkt sich allerdings auf vier Bundesstaaten aus: Madhya Pradesh, Gujarat, Maharashtra und Rajasthan
- sechs große Staudämme sind bereits fertig gestellt – Bargi, Tawa, Barna, Sukta, Matiyari und Kolar
- im Bau befindlich sind u.a. Sardar Sarovar, Narmada Sagar, Maheshwar, Maan und Jobat
- das Maheshwar-Projekt ist das erste, das aus privaten Mitteln finanziert wird.
- das Schiedsgericht zu den Wasserrechten an der Narmada (Narmada Water Disputes Tribunal; NWDT) sprach in einer Entscheidung 1979 mehreren Bundesstaaten das Nutzungsrecht über den Wasserlauf zu, legte die Staumauerhöhe für die beiden Mega-Staudämme fest und erließ Weisungen für die Wiederansiedlung und Entschädigung.

Dasselbe Schiedsgericht (NWDT) setzte den Wasserertrag aus der Narmada und aller Staudämme auf insgesamt knapp 28 Mio. Acre Feet (MAF) fest (= ca. 34,525 Milliarden m³; die Maßeinheit Acre Foot entspricht ca. 1.233,482 m³).

Die Wassernutzung wird folgendermaßen auf die Bundesstaaten verteilt:

Madhya Pradesh	18,25 MAF
= ca.	22,5 Milliarden m ³
Gujarat	9,00 MAF
= ca.	11,1 Milliarden m ³
Maharashtra	0,25 MAF
= ca.	308,4 Millionen m ³
Rajasthan	0,50 MAF
= ca.	616,7 Millionen m ³

Die vom Sardar Sarovar Projekt erzeugte elektrische Energie geht zu 57 Prozent an Madhya Pradesh, zu 27 Prozent an Gujarat, zu 16 Prozent an Maharashtra.

Hauptmerkmale des Sardar Sarovar Projekts

Technische Daten (bei vollständigem Ausbau)

Größte Höhe der Staumauer	163 m
Maxim'e Tiefe des aufgestauten Sees	138 m
Länge der Staumauer	1.210 m
Länge des Stausees	214 km
Wasserfläche d. Stausees	88.000 km ²
Volumeninhalt des Stausees	4,7 MAF
(= ca. 5,8 Milliarden m ³)	
Maximale Breite des Stausees	16,1 km
Durchschnittl. Breite d. Stausees	1,77 km
Länge der befestigten Kanäle für Bewässerung	460 km
Länge des Bewäss.systems	75.000 km
Größte Tiefe des Hauptbewässerungskanals	91,44 m
Jährlich bewässerte Flächen	in
Gujarat	1,792 Millionen Hektar
und in Rajasthan	73.000 Hektar
Elektrische Energiegewinnung an der Staumauer	1.200 MW
Elektrische Energiegewinnung durch den Kanal	250 MW
Trinkwassererzeugung für	8.215 Dörfer,

135 städtische Zentren,
30 Millionen Menschen
Bewässerung, um 20 Millionen Menschen
ernähren zu können.

Der Kampf gegen das Sardar Sarovar Projekt

Die Menschen im Tal und von außerhalb haben schon in den frühen 1970er Jahren Zweifel am Sardar Sarovar Projekt (SSP) geäußert. Es gab damals auch einige fehlgeschlagene Protestversuche. Die organisierte und koordinierte Bewegung gegen das SSP begann im Jahr 1987 mit der „*Bewegung zur Rettung der Narmada*“ (Narmada Bachao Andolan, NBA). Die NBA hinterfragte sowohl das Staudammprojekt als auch die dahinter stehende Entwicklungspolitik. Die NBA konfrontierte die politischen Entscheidungsträger und die indische Gesellschaft mit Fragen zum Entwicklungskonzept sowie den Rechten und dem Zugang zu Ressourcen seitens der Betroffenen. In Frage gestellt wurden das vorgebliche „öffentliche Interesse“ an diesem Projekt und dessen Nutzen im Dienst der „nationalen Entwicklung“. Die Betroffenen sahen sich der geballten Machtallianz aus Landes- und Zentralregierung, staatlicher Verwaltung, politischen Eliten, der Weltbank und dem vorherrschenden Entwicklungsleitbild gegenüber.

Umgekehrt schöpfte die Massenbewegung jede demokratische Möglichkeit zum Widerstand aus und konnte die grundlegenden Zweifel am Projekt stichhaltig belegen. Die Bewegung intensivierte den gewaltlosen Widerstand, machte ihn umfassender und effektiver. Der Widerstand setzte mit dem eingeforderten Recht auf Information ein und ging dann dazu über, die Menschen im Vertrauen auf demokratischen Widerstand zu bestärken. Die Bewegung stellte die Regierung und das Establishment auf allen Ebenen und zu vielen Aspekten des SSP in Frage, erarbeitete selbst Alternativen, erweiterte die Perspektiven des Widerstands über das konkrete Dammprojekt hinaus und erörterte ein alternatives Entwicklungsmo-

dell, das mehr soziale und politische Gerechtigkeit versprach.

Was ist falsch am SSP?

Der Entscheidungsprozeß

Wie andere ähnliche Pläne wurden diejenigen für das SSP und die sonstigen Mega-Projekte im Narmada-Tal ohne Wissen und Zustimmung der Betroffenen auf den Weg gebracht: Die Projekte werden vorbereitet, die Mittel zugewendet, die behördlichen Zustimmungen gesichert und alles ist vorbereitet – außer die Zustimmung derjenigen, die durch das Projekt vertrieben werden. Wenn überhaupt, werden sie am Ende des Vorbereitungsprozesse informiert, um sie dann gleich zum Verlassen der Gegend aufzufordern. Die Projektbetreiber gehen davon aus, dass der Verweis auf die „Entwicklung des Landes“ für sich selbst spricht und Einwendungen dagegen unterbleiben.

Alle wichtigen Untersuchungsberichte und Pläne zum SSP sind bis heute unvollständig, obwohl darauf die Aussagen über den Nutzen des Dammprojektes beruhen. Das indische Bundesministerium für Umwelt und Forsten sah sich 1987 einem immensen politischen Druck ausgesetzt, wenigstens eine an Bedingungen geknüpfte Bewilligung für das Projekt zu erteilen. Im Jahr 1990 erklärte das Ministerium, die Genehmigung sei nicht mehr gültig. Eine neue Bewilligung wurde nicht beantragt. Bis heute sind sämtliche Bedingungen des Ministeriums und der Planungskommission nicht erfüllt. Das Ministerium forderte die Projektbetreiber auf, eine neue umwelt- und forstrechtliche Genehmigung einzuholen. Es war jedoch offensichtlich, dass die Umsetzung mit dem Bau am Staudamm nicht Schritt halten und die Bedingungen insofern nicht erfüllt werden konnten. Der Oberste Bundesrichter S.P. Bharucha ging in seinem Minderheitsvotum vom Oktober 2000 auf diesen Aspekt ein, indem er eine neue umweltrechtliche Bewilligung und einen sofortigen Baustopp für nötig erachtete (siehe unten).

Ebenso blieben alle wesentlichen, von der

Weltbank auferlegten Bedingungen zu Fragen der Entschädigung und der Umwelt unbeachtet. Pikanterweise stimmte die Weltbank der Finanzierung des Projekts jedoch schon vor der Genehmigung durch die Zentralregierung zu. Es wurden also illegal und in fragwürdiger Weise Tatsachen geschaffen. Die üblichen Verfahrensregeln und Normen verloren völlig ihre Bedeutung. Die Verpflichtung der Regierung und der Projektbetreiber gegenüber Recht und Gesetz blieben unbeachtet. Wenn überhaupt, wurden sie als reine Formalitäten abgehandelt. Das Staudammprojekt beflügelte abstruse Allmachtsphantasien und nationalistische Populismen, denen zufolge der Bundesstaat Gujarat und ganz West-Indien in eine wohlhabende und blühende Landschaft verwandelt werden sollten. Dies erschwerte es natürlich für die Betroffenen, das ganze Ausmaß des SSP zu begreifen. Jeden Versuch, das Projekt mit Verstand und Vernunft zu beurteilen, vereitelte die Hysterie über das Staudammprojekt. Grundlegende Aspekte des Projekts wurden unter der Decke gehalten. Die Regierung vermied jegliche Diskussion mit den Volksbewegungen.

Trugbilder über den Nutzen des SSP

- Das SSP soll die Wasserknappheit in der Landwirtschaft im Bundesstaat Gujarat beheben. Allerdings sind ausgerechnet die von akutem Wassermangel bedrohten Gebiete um Kutch, Saurashtra und im Norden Gujarats vom Projekt ausgenommen. Allenfalls 1,6 Prozent des landwirtschaftlich nutzbaren Landes und nur knapp 8 Prozent aller Dörfer in Kutch werden ab dem Jahr 2010 mit Wasser versorgt. Im Gebiet von Saurashtra soll Wasser ab dem Jahr 2005 auf 9,5 Prozent des Landes geleitet werden. Selbst dies ist jedoch ungewiss. Gleichzeitig verschlechtert sich die Wasserversorgung in diesen Gebieten, da alle lokalen und angepassten Bewässerungsoptionen nicht weiter verfolgt wurden.
- Den größten Nutzen ziehen mit 76 Prozent Anteil an den Bewässerungsmaßnahmen die Ebenen im Zentrum von Gujarat

und im östlichen Saurashtra. Dort betragen die Anteile der Armen an der Landesbevölkerung 23 bzw. 16 Prozent. Die vornehmlich von den Adivasi besiedelten Gebiete im Osten und Norden von Gujarat, deren Armutanteile bei 41 bzw. 38 Prozent liegen, können dagegen allenfalls mit 6 Prozent Nutzanteil rechnen. Der Distrikt Ahmedabad erhält das Zehnfache an Wasser im Vergleich zum Distrikt Kutch, obwohl letzterer fünf Mal so groß ist.

- Die größten Nutznießer sind die aufstrebenden Industriezweige in der Chemie oder der Fertiggüterherstellung, der Anbau von Zuckerrohr und die sonstige kommerzielle Landwirtschaft im Süden und in der Zentralregion von Gujarat.
- Demgegenüber gibt es keinerlei Pläne zur Trinkwasserversorgung vor allem in den ländlichen und von Trockenheit betroffenen Gebieten. Die sowieso spärlich ausgefallene Trinkwasserkomponente des Projekts bedient die großen Städte wie Ahmedabad und Baroda sowie die Industrien.
- Wieviel Wasser das SSP insgesamt zur Verfügung stellen kann, ist ungewiss. Die Annahme des Schiedsgerichts (NWDT), dass die Narmada knapp 28 MAF (= ca. 34,525 Milliarden m³) Wasser zur Verfügung stellt und dies mit einer Wahrscheinlichkeit von 75 Prozent, ist strittig geworden. Die Landesregierung von Madhya Pradesh geht davon aus, dass entsprechend ihrer 43 Jahre lang gesammelten Daten (bis 1991) der Wasserertrag bei lediglich 22 MAF (= ca. 27,136 Mill. m³) liegt.
- Die Projektbetreiber veranschlagen für den Bereich Bewässerung einen Wirkungsgrad von 60 Prozent und für Trinkwasser von 75 Prozent. Das ist im Zusammenhang von Indien und dem Bundesstaat Gujarat einfach unrealistisch. Der Nutzungsgrad lag in Indien, insbesondere in Gujarat, immer unter 45 Prozent, gemessen an der potenziellen Kapazität. Die Prognose der Weltbank (Staff Appraisal Report) ging 1985 von einem Wirkungsgrad von 48 Prozent im Bereich Bewässerung aus. In ihrem Abschlußbericht 1995 äußerte die Weltbank

die Befürchtung, dass der Wirkungsgrad doch geringer als angenommen ausfallen könnte und empfahl, von der Projektzone 30 Prozent Fläche heraus zu nehmen.

- Die Verfügbarkeit des Wassers im Staubecken hängt eng mit der Rate der Ablagerung und Verlandung zusammen. Die Morse-Kommission äußerte ebenfalls Befürchtungen über die im SSP angenommenen Daten zur Ablagerung und empfahl, detaillierte Untersuchungen durchzuführen. Bis heute stehen diese Untersuchungen aus.

- Selbst nach den vorliegenden Teilerforschungen befindet sich über die Hälfte der Projektflächen (55 Prozent) in Gebieten, die durch Überflutung und Versalzung gefährdet sind. Von diesen Flächen gelten 26 Prozent als „ungeeignet“ für eine beständig fließende Bewässerung (Kanalsystem) und 27 Prozent gar als „hochgradig ungeeignet“ für diese Art der Bewässerung. In den Distrikten Kutch und Saurashtra eignen sich 41 Prozent der vorgesehenen Projektflächen nicht für eine fließende Bewässerung, und die verbleibenden 59 Prozent werden unter diesem Aspekt als „problematisch“ eingeschätzt. Im Norden Gujarats erweist sich nur ein Drittel der Projektfläche als geeignet. Auf der Grundlage von vier Studien gelten folgende Projektflächen als von Überflutung und Versalzung gefährdet: die entsprechend der landwirtschaftlichen Nutzung und der klimatischen Bedingungen als Nr. 2 eingestufte Zone zu 54 Prozent, die Zone Nr. 3 zu 64 Prozent und die Zone Nr. 4 zu 10 Prozent.

- Die häufig erwähnte elektrische Energiegewinnung von 1.450 MW bezieht sich auf die vorhandene potenzielle Kapazität. Im Planungsabschnitt I sinkt laut Regierungsangaben die durchschnittliche Leistung des SSP auf 425 MW und im Abschnitt III gar auf 50 MW, wenn die Bewässerung voll in Betrieb ist. Die elektrische Leistung wird also lediglich in den ersten Jahren maximal zur Verfügung stehen, solange das Bewässerungskanalsystem noch nicht funktionsfähig ist. Die Kanäle sind bereits fertig gebaut, und die Bewässerung beginnt, sobald

die Staumauer bis zur geplanten Höhe hochgezogen ist.

Umsiedlung und Entschädigung

- Die Umsiedlung im Kontext des SSP ist in Indien ohne Beispiel. Es handelt sich um die höchste Zahl von Umsiedlungen bei einem Einzelprojekt. Über 43.000 Familien (250.000 Personen) aus 245 Dörfern in Gujarat (19), Maharashtra (33) und Madhya Pradesh (193) sind allein vom Stausee betroffen. Dazu kommen 117.000 Landbesitzer, die durch die Kanalbauten in Mitleidenschaft gezogen werden, sowie Hunderte und Tausende, die durch ausgleichende Aufforstungsmaßnahmen, die Einrichtung von Naturparks – dies betrifft 45.000 Adivasi – oder andere ergänzende Maßnahmen wie Wehre beeinträchtigt werden.

- Weder gibt es eine zureichende Definition noch eine angemessene Lageeinschätzung zu den Umzusiedelnden. Die von den Kanalbauten und ergänzenden Maßnahmen Betroffenen werden nicht als Umsiedler gewertet und insofern erst gar nicht in das Umsiedlungsprogramm aufgenommen. In den vom Stausee überfluteten Zonen hat sich die Zählung von 6.700 Familien im Jahr 1988 auf 43.000 direkt betroffene Familien im Jahr 2000 erhöht. In vielen Dörfern wurden nur einige Bewohner von der anstehenden Überflutung benachrichtigt. Andere überhaupt nicht, obwohl sie sogar tiefer liegen und daher zuerst überflutet würden.

- Die Umsiedlung ist bislang völlig ungenügend durchgeführt worden. Viele Umsiedler haben kein „Land für Land“ erhalten, worauf sie entsprechend den Richtlinien des Schiedsgerichts (NWDI) eigentlich Anspruch haben. Die Landrechte vieler Adivasi in Maharashtra werden erst gar nicht anerkannt. Sie sind als widerrechtliche Landbesitzer eingestuft, was sie aus der „Land für Land“-Regelung herausfallen lässt. Von den plangemäß Umgesiedelten haben viele steiniges, nicht kultivierbares Land erhalten. Sie sind jetzt gezwungen, sich als Tagelöhner zu verdienen oder in die städtischen Slums

abzuwandern. Es wird ihnen kein Recht auf Information oder Partizipation im Entscheidungsprozeß eingeräumt, obwohl dieser ihre Lebensbedingungen verändert. Mehrere Dorfgemeinschaften wurden auseinander gerissen und auf verschiedene Orte verteilt; ein Verstoß gegen die Regelung des Schiedsgerichts.

- Bis heute fehlt ein Masterplan für Entschädigungen, obwohl der Schiedsgerichts-spruch die Ausarbeitung eingefordert hatte. Selbst die entsprechende Auflage des Obersten Gerichtshofes vom November 2000 wurde bislang nicht erfüllt.

- Das Leben der Adivasi hängt in starkem Maße vom Wald und vom Fluss ab. Ihr Alltag, ihre Ernährung, Religion und Kultur sind eng an diese Ressourcen geknüpft. Sie leben fast vollständig als Selbstversorger und sind wenig mit der Marktwirtschaft vertraut. Die Umsiedlungsgebiete weisen weder Wald noch Fluss auf und führen unweigerlich zur Zerstörung ihrer Kultur.

- Unzählige Berichte von Agenturen und Untersuchungsteams, die von der Regierung berufen wurden, heben darauf ab, dass die bislang durchgeführten Umsiedlungen unbefriedigend verlaufen sind; so auch der jüngste Bericht des von Richter Daud geleiteten Komitees über die Umsiedler in Maharashtra. Das Daud-Komitee stellte fest, dass wegen fehlenden Landes die Umsiedlung selbst derjenigen aussteht, die noch von der Flutung bei einer Staudammhöhe unter 90 Meter betroffen waren. Der Schiedsspruch des NWDT, Vorgaben der staatlichen Politik und Anordnungen des Obersten Gerichtshofes wurden missachtet. So gibt es viele in der Projektstruktur begründete Unzulänglichkeiten im Zusammenhang mit der Umsiedlung: das Fehlen von Land, falsche Zahlen über projektbetroffene Adivasi, verweigerte Landrechte, ein ungerechtes Umsiedlungskonzept, eine willkürliche Festlegung des Betroffenheitsstatus' und nicht zuletzt die Korruption der Beamten. Das Daud-Komitee empfahl ein völlig neues Gutachten, um endlich die reale Anzahl der vom Projekt betroffenen Familien

zu ermitteln.

- Die Landesregierung von Maharashtra überprüft immer noch die Anzahl der Umsiedlungen und das dafür verfügbare Land. Sie hat in einem Schreiben an die Narmada-Behörde (Narmada Control Authority; NCA) vom 11. Januar 2002 klar gestellt, dass an der Staumauer nicht weiter gebaut werden sollte, solange die Entschädigung für diejenigen noch aussteht, die von der Flutung unterhalb der 90-Meter-Marke betroffen waren.

- Die Landesregierung in Madhya Pradesh hat bereits erklärt, dass kein weiteres Land für Umsiedlungen zur Verfügung steht. Es mehren sich die Anzeichen, dass die Umsiedlung in illegaler Weise mit Bargeldentschädigung ausgeglichen wird. Polizeiliche Repression soll außerdem die Menschen einschüchtern. Im Vorgriff auf die beim SSP noch anstehenden Vertreibungen hat die Landesregierung von Madhya Pradesh beim Man-Damm die Umzusiedelnden während der Regenzeit 2002 durch die Polizei räumen lassen.

- In den Jahren 2000 bis 2002 hat die NCA mehrfach bestätigt, dass die Entschädigung für die von der 90-Meter-Marke Betroffenen nicht abgeschlossen ist. Die NCA stellte ebenfalls klar, dass sie keine Genehmigung für den Weiterbau an der Staumauer über die 88 Meter-Marge erteilt hat. Der Oberste Gerichtshof hatte sich fälschlicherweise darauf bezogen, als er den Bau an der Staumauer auf 90 Meter erlaubte.

- Es ist also höchste Zeit, den gesamten Komplex der Vertreibung und Umsiedlung sowie die Rechte der Betroffenen und das 'öffentliche Interesse' am Bau des SSP genauestens und umfassend zu überprüfen.

Zerstörte Umwelt

- Über 13.300 Hektar guter Waldbestand wurden überflutet. Die sogenannten Entschädigungsmaßnahmen in Maharashtra führten zur Vernichtung von zusätzlichen 4.500 Hektar Wald, und weitere Zerstörungen sind geplant. In Maharashtra stehen bereits 6.800 Hektar Wald unter Wasser.

Ebenso verschwinden über 10.000 Hektar von besonders fruchtbarem Ackerboden, etwa das Nimad-Gebiet.

- Einer großen Anzahl von Pflanzen und Tieren droht das Aussterben. So würde der *Hilsa*-Fisch, der nur in der Narmada und in den Sunderbans vorkommt, unwiederbringlich verschwinden.

- Die Folgen des SSP flussabwärts, unterhalb der Staumauer, sind nicht im Detail untersucht, obwohl auch hier über 10.000 Fischer und zahlreiche Fischgründe betroffen sind. Die Gefahr der Wasserverschmutzung nimmt wegen der ungereinigten Abwässer der Industrien in Baruch zu. Ebenso unvermeidbar scheint das Risiko, dass das Meereswasser in das Mündungsgebiet der Narmada im Süden Gujarats vordringt und das Grundwasser versalzt.

- Das im Narmada-Tal vorliegende, historische und prähistorische Erbe ist bislang kaum untersucht. Das Tal gehört zu den archäologischen Fundgruben Indiens. Nur im Narmada-Tal kann das Verbindungsstück zwischen dem prähistorischem und dem historischen Teil von Indiens Geschichte erforscht werden. Die Regierung lässt jedoch die gesamte Region und damit das kulturelle, historische und archäologische Erbe Indiens untergehen.

- Hunderte von Hektaren, auf denen Adivasi leben und arbeiten, sind bereits überflutet. Für die Adivasi bedeutet die Umsiedlung nicht nur den Verlust der gewohnten häuslichen und naturräumlichen Umgebung, sondern auch zerstörte Ahnengräber und insgesamt den Untergang der traditionellen Götterwelt.

Die jüngste Anklage gegen das SSP erhob die staatliche Ökologie-Kommission aus Gujarat (Gujarat Ecology Commission; GEC) in ihrem Bericht vom März 2001:

„(...) Ein kurzer Blick auf die Landkarte und die Projektzonen genügt, um festzustellen, dass große Flächen mit Wasserproblemen gerade kein Wasser vom Narmada-Projekt beziehen. Von 53 Talukas* haben 35 ernsthaft Probleme mit dem

Grundwasser, liegen jedoch außerhalb der Narmada-Projektzonen. Das Wasser der Narmada wird nur 22 Prozent des bebaubaren Landes in diesen 53 Talukas erreichen. [* Taluka ist eine auf dem Land existierende Verwaltungseinheit, bestehend aus 80 bis 100 Dörfern, einer Fläche von durchschnittlich 1.000 bis 1.500 km², einer Bevölkerung zwischen 200.000 und 250.000 Personen und gleichzeitig ein Symbol für Gandhis Projekt lokaler Selbstverwaltung. In Indien gibt es 3.342 Talukas. Anm. der Redaktion]

(...) Die Probleme mit abnehmender Verfügbarkeit von Grundwasser – sowohl in der Menge als auch in der Qualität – in weiten Teilen des Bundesstaates sowie mit Überschwemmungen und Bodenversalzungen in den Projektzonen werden sich absehbar verschlimmern.“

Wirtschaftlicher Offenbarungseid

- Die Baukosten für das SSP stiegen nach Regierungsangaben von rund 1,3.Mrd. Euro im Jahr 1988 (Rs. 6.406 crore) auf mehr als 5 Mrd. Euro im Jahr 2000 (Rs. 25.000 crore). Diese Prognosen enthalten noch keine Gesteungskosten. Würden alle Kosten des SSP aufgelistet, würden sich die Baukosten nochmals verdoppeln. Die Kosten-Nutzen-Bilanz des SSP ist negativ.

- Die Landesregierung von Gujarat und die Zentralregierung haben kein Geld. Die Weltbank hat sich zurückgezogen. Ein anderer multilateraler Finanzgeber ist nicht in Sicht. Außerdem hat das Rating-Unternehmen CRISIL die Bonität der SSP-Schuldverschreibungen herabgestuft. Es sei unklar, wie der Projektbetreiber Gewinne erwirtschaften und seinen kurz- und mittelfristigen Verpflichtungen nachkommen will.

- Der Bericht der amtlichen Wirtschaftsprüfer für das Fiskaljahr 2000 kommt zum Ergebnis, dass die Finanzen des Bundesstaates einen kritischen Zustand erreicht haben. Der Bericht führt aus, dass der Projektbetreiber (Sardar Sarovar Narmada Nigam Ltd.) immerhin 22 Prozent seiner Gesamtkosten für Zinsen und Tilgungen aufbringen muss.

- 85 bis 90 Prozent des Landeshaushalts von Gujarat für Bewässerung gehen allein in das SSP. Dadurch werden andere, kostengünstigere, Zeit sparende und effizientere Optionen vernachlässigt.
- Die Armen subventionieren die Reichen.

Alternative Ansätze

Um die Wasserknappheit insbesondere in Gebieten wie Kutch, Saurashtra oder dem Norden Gujarats zu beheben, ist das SSP der falsche Ansatz. Es muss völlig anders vorgegangen werden.

- Die Wasserknappheit beruht offensichtlich *nicht* auf ausgebliebenen Regenzeiten. Im letzten Jahrzehnt hat es zehn gute Regenperioden gegeben. Warum gibt es trotzdem Dürren? Unabhängige Untersuchungen belegen, dass die Wasserknappheit nicht zuletzt aus dem übermäßigen Konsum und der bis heute nicht stattfindenden Regeneration des Nutzwassers herrührt. Die Fabriken verbrauchen fast das gesamte Flusswasser und verringern dadurch den Wasserstand, leiten zudem Abwässer hinein und sind die eigentlichen Verursacher für Dürre und unkontrollierte Überschwemmungen.
- Ein weiterer Grund für die Verringerung der Ressource Wasser ist die ungleiche Verteilung und verschwenderische Nutzung von Oberflächen- und Grundwasser im Dienst vor allem der bewässerungsintensiven kommerziellen Landwirtschaft (cash crops). Viele Experten in Gujarat schlagen daher Höchstmengen für den Wasserverbrauch sowie eine nachhaltige und nicht-monokulturelle Bewirtschaftung des Landes vor.
- Während der Dürre in den Jahren 2000 und 2001 verfügten Dörfer wie Rajsamandhiala (Rajkot) über ausreichend Wasser in Seen und Brunnen. Sie hatten über vier Jahre lang lokale Wasserbevorratung betrieben. Andere haben ebenfalls die Lösung des Wasserproblems in ihre eigenen Hände genommen. Sie haben traditionelle Teiche wieder benutzt sowie lokale und de-

zentrale Wassernutzungspläne umgesetzt. Seit 1996 wird in Saurashtra eine Kampagne zur Wiederinbetriebnahme von Brunnen durchgeführt. Von den 700.000 Brunnen in Saurashtra wurden 300.000 wieder aktiviert.

Ergebnisse des Widerstands

„Wir werden ertrinken, aber weichen werden wir nicht“ ist der zentrale Leitspruch des Widerstands. Seit 1987 erlebte die Bewegung Höhen und Tiefen. Regierung und Projektbetreiber unternahmen alles, die Betroffenen unter Druck zu setzen. Der mit dem Projekt verbundene Entwicklungsmythos machte es schwierig, den Menschen außerhalb des Tales den Ernst der Lage zu vermitteln.

- Zum ersten Mal in ihrer Geschichte musste sich die Weltbank von einem Projekt zurückziehen, nachdem eine unabhängige Studie die Tragweite des SSP ans Licht brachte.
- Die Klage des NBA vor dem Obersten Gerichtshof erzwang in den Jahren 1995 bis 1999 einen vierjährigen Baustopp für den damals halb vollendeten Damm. Vier weitere Dammvorhaben wurden in den 1990er Jahren durch Massenproteste auf Eis gelegt.
- Die Zentralregierung veranlasste 1993 ebenfalls eine Überprüfung des SSP. Der Oberste Gerichtshof sprach sich ebenso dafür aus, wenngleich die Regierungen ab 1994 die Überprüfungen zu sabotieren begannen. So berief die Landesregierung von Madhya Pradesh eine Expertenkommission zur Überprüfung des gesamten Narmada-Entwicklungsplans. Diese Expertenkommission empfahl dezentrale, nachhaltige und partizipative Optionen, die die Landesregierung jedoch verwarf.
- Im Fall des Bargi-Staudamms hatten die Umsiedler das Fischereirecht erworben (s.o.). Zum ersten Mal in der Geschichte Indiens war es Vertriebenen gelungen, sich ein Recht über die Nutzung des Stausees zu erstreiten, der sie vertrieben hatte. Sie – wie auch die Betroffenen des Tawa-Staudamms – verwalteten die Ressourcen des Wasserreservoirs in beispielhafter Weise.

- Erst der Kampf um die Narmada hat alle wesentlichen Daten zu diesem Entwicklungsprojekt über Ungerechtigkeit, Ungleichheit und Zerstörung an die Öffentlichkeit gebracht. Die Rechte der Dorfgemeinschaften über die natürlichen Ressourcen wurden geltend gemacht und alternative Entwicklungsleitbilder diskutiert.
- Die NBA begann, unterschiedliche Widerstandsgruppen in ganz Indien zugunsten einer alternativen Entwicklung zu koordinieren – dezentrale Wasserbewirtschaftung, kleine Wasserkraftwerke, Waldbewirtschaftung etc. Die NBA gehört zu den Gründungsmitgliedern der „Nationalen Allianz der Volksbewegungen“ (National Alliance of People's Movements). Die NBA gründete auch zehn Grundschulen in Adivasi-Dörfern.

Ungerechtigkeit am Obersten Gerichtshof

Der Oberste Gerichtshof sprach sein Urteil zum Narmada-Komplex am 18. Oktober 2000. Das Votum der Mehrheit – die Obersten Richter Anand und Kirpal – folgte in seinen Ausführungen den Projektbetreibern und ließ die Gründe und Rechte der Betroffenen sowie deren Beweisführung außen vor. Die NBA – zusammen mit Juristen, Experten, Aktivisten und Organisationen aus ganz Indien – kritisierte den Richterspruch als gegen die Menschen, Verfassung und Menschenrechte gerichtet sowie rationale und legale Verfahrensprinzipien verletzend.

- Das Oberste Gericht ordnete den Weiterbau des Staudamms an, obwohl das gar nicht beantragt war. Das Urteil stützte sich auf die Daten der Regierung – d.h. in diesem Fall die Angeklagten! Aspekte, für deren Beurteilung keine Regierungsdaten zur Verfügung standen, bewerteten die beiden Richter nach ihrem eigenen Gusto.
- Das Gericht nahm die Vertreibung und problematische Umsiedlung nicht zur Kenntnis, obwohl die NBA wiederholt Beweise dafür vorlegte. Die Richter Kirpal und Anand verweigerten auch dem unabhängigen und kritischen Prüfbericht der Weltbank

die Kenntnisnahme (Morse-Report 1992), weil dieser Bericht von der indischen Regierung nicht akzeptiert worden war!

- Das Mehrheitsvotum ordnete den Weiterbau der Staudammmauer auf 90 Meter Höhe an, ohne sich um Umsiedlungsfragen zu kümmern, und obwohl die Narmada-Behörde NCA nicht hinter der Umsiedlung stand.
- Die Nichtbeachtung der behördlichen Verfügungen und das illegale Vorgehen seitens der Regierung wurden als geringe Verstöße bewertet. Das Genehmigungsverfahren für das Projekt wurde zur reinen Formsache erklärt.
- Die Mehrheit des Gerichts sah die erzwungene Umsiedlung ohne Entschädigung nicht als Bruch fundamentaler Menschenrechte an. Das Gericht erachtete – entgegen den vorgebrachten Tatsachenbelegen – die Umsiedlung bei den Dammpunkten Bhakra, Damodar und anderen als befriedigend und vollständig durchgeführt.
- Das Mehrheitsvotum hielt eine substanzlose Lobrede auf große Staudämme. Da große Staudämme von Nutzen seien und in allen vorhergehenden Dammpunkten die Umsiedlung befriedigend gelöst worden sei, gäbe es keinen Grund, warum dies beim SSP anders sein sollte.
- Geradezu gefährlich ist die in den Mehrheitsvoten vorgetragene Annahme, dass jeglichem Entwicklungsprojekt eine abgewogene Entscheidung der Regierung vorausgeht. Es sei daher unangemessen – auch seitens der Opfer – daran Zweifel anzumelden. Dies kann nur vortragen, wer an idealtypische Situationen glaubt: Die Regierung erwägt alle Aspekte und konsultiert die Betroffenen, und letztere werden über das Projekt informiert, ehe es fertig ist.
- So können laut Gericht die Betroffenen nur am Beginn eines Projektes ihre Opposition vorbringen. Der Oberste Gerichtshof könnte allerdings wissen, dass es in Indien kein Informationsrecht für die Betroffenen über ein Projekt gibt, bei dem eine konkrete Planung noch nicht existiert – von Konsultationen ganz zu schweigen.

- Das Gericht stützt seine Argumentation mit dem Prinzip der ‚Nicht-Einmischung‘ in Entscheidungen der Exekutive sowie dem Prinzip der ‚Gewaltenteilung‘. Das ist bemerkenswert genug, widerspricht dies doch seinem Auftrag gemäß Artikel 32 der indischen Verfassung. Es ist vermutlich das erste Mal, dass ein Justizorgan das Gewaltenteilungsprinzip benutzt, um der Exekutive gegenüber den Rechten der Staatsbürger Spielraum einzuräumen. Der ehrenwerte Gerichtshof hätte wissen müssen, dass das Gewaltenteilungsprinzip nicht dazu da ist, Betroffene zum Schweigen zu bringen, sondern die Regierung zu überprüfen. Das Oberste Gericht hat den demokratischen Geist dieser Prinzipien verfehlt und Grundrechte der Verfassung ausgehebelt. Die Entscheidung der Mehrheit lässt die Regierung ungeschoren davon kommen. Die Landesregierung von Gujarat hat die Gunst der Stunde gleich genutzt und die Staumauer auf über 90 Meter Höhe weiter bauen lassen – und das Leben Tausender in Gefahr gebracht.
- Das Gericht hat dem Prinzip der Rechtssprechung im öffentlichen Interesse (public interest litigation) einen Bärendienst erwiesen. Dies passt zu einer beunruhigenden Entwicklung seit Mitte der 1990er Jahre, in der höhere Gerichte die Interessen der Adivasi, Dalits, Arbeiter und anderer sozial armer Schichten konsequent ausblendeten. Es gab allerdings das Minderheitsvotum durch Richter Bharucha. Er unterstrich, dass er dem Urteil seines Kollegen Kirpal in keinerlei Weise zustimmen könne. Solange die Umweltauflagen nicht erfüllt seien, und das Expertenkomitee keine Umweltgenehmigung erteilt habe, solange sollten die Baumaßnahmen an der Staumauer ruhen.

Das wirkliche ‚nationale Interesse‘

Selbst nach diesem ungünstigen Urteil und seinen Nebenwirkungen geht der Kampf im Tal weiter. Die Wirklichkeit hat sich für die Betroffenen ja nicht verändert. Die vorgeblichen Vorteile des SSP strafen sich jeden Tag selbst Lügen, und das SSP befindet sich zusammen mit der Landesregierung in einer chronischen Finanzkrise. Es ist höchste Zeit, das Narmada-Tal und das ganze Land vor diesem Entwicklungsdesaster zu schützen.

- Die Arbeit am Damm und die Ausgaben dafür müssen gestoppt werden. Die maximale Höhe der Staumauer darf 95 Meter (plus 3 Meter Aufsatz) nicht überschreiten.
- Eine zeitlich befristete, umfassende Studie muss alle Aspekte des SSP überprüfen – Entscheidungsprozess, Vertreibung, Umsiedlung, Umwelt, Wirtschaftlichkeit, Nutzen, Alternativen. Diese Studie muss die Teilnahme aller, auch der NBA und unabhängiger Experten einschließen. Ebenso müssen die anderen Vorhaben im Narmada-Tal erneut auf den Prüfstand.
- Die Land- und Verfügungsrechte der Adivasi über die natürlichen Ressourcen müssen wieder hergestellt werden. Für jedes Entwicklungsvorhaben in ihrem Gebiet soll ihre Zustimmung erforderlich sein
- Die kleinen, dezentralen und von der lokalen Bevölkerung kontrollierten Alternativen der Wasser- und Energiebewirtschaftung sollen umgesetzt werden.
- Die Kriterien der World Commission on Dams – Gerechtigkeit, Effizienz, Partizipation, Nachhaltigkeit und Verantwortlichkeit – sollen befolgt werden.

Kontakt mit Narmada Bachao Andolan:
badwani@narmada.org,
medha@narmada.org, www.narmada.org

"Für euch Bürokraten und Stadtleute sieht unser Land bergig und unwirtlich aus, aber wir sind damit zufrieden, hier am Ufer der Narmada zu leben – mit unseren Feldern und Wäldern. Wir leben seit Generationen hier. Auf diesem Land haben unsere Vorfahren den Wald gerodet, die

Götter verehrt, den Boden verbessert, Tiere gehalten und Dörfer gegründet. Dies ist das Land, das wir auch jetzt noch bestellen. Ihr meint, wir seien arm. Wir sind nicht arm. Wir haben die Häuser selbst gebaut, in denen wir leben. Wir sind Bauern. Unsere Landwirtschaft entwickelt sich gut. Wir verdienen unseren Lebensunterhalt, indem wir den Boden bestellen. Selbst wenn wir nur das Regenwasser verwenden, so können wir doch von dem leben, was wir selbst erzeugen. Das Getreide ist unsere Mutter, und sie ernährt uns.

[...]

Wir werden ertrinken, aber nicht weggehen!"

Auszug aus einem Brief von Bava Mahalia aus dem Dorf Jalsindhi an den Ministerpräsidenten von Madhya Pradesh, 1994 in Bhilali, der Sprache des Bhilala-Stammes, diktiert.

(Aus: Stimmen der Adivasis – »In unseren Träumen sehen wir unser Land«.

Verlag Bonner Siva Series, Bonn 2001).

Adivasi-Rundbrief EXTRA, März 2003

Übersetzung und Bearbeitung: Theodor Rathgeber (nach einer Broschüre der NBA, erstellt von Sanjay Sangvai, „For a True National Interest – Save the Narmada Valley“, 2002)

Herausgeber:

Adivasi-Koordination in Deutschland e.V.

c/o Dr. Theodor Rathgeber,

Jugendheimstr. 10, 34132 Kassel

Tel.: 0561-47597800, Fax 0561-47597801

email: adivasi.koordination@gmx.de

Redaktion: Hans Escher, Weiherstr. 12, 35578 Wetzlar

Tel./Fax 06441-43124

email: sylvia.hallwas@sowi.uni-giessen.de

Vertrieb: Einzelzustellung und Beilage in „Südasiens“